

3. Humanitäre Hilfe für Kinder

Postulat Christa Stünzi (GLP, Horgen), Markus Schaaf (EVP, Zell), Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur) vom 10. November 2025

KR-Nr. 358/2025, Antrag auf Dringlicherklärung

Ratspräsident Beat Habegger: Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulats zu entscheiden. Ich erinnere Sie daran, dass die Redezeit in einer Dringlichkeitsdebatte zwei Minuten beträgt.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Wie schon eben gesagt, geht es heute nur um die Dringlichkeit. Um diese zu begründen, muss ich trotzdem kurz etwas zum Inhalt des Postulats selbst sagen: Wir leben leider in einer Zeit, in der wir Nachrichten von schlimmen Konflikten und Katastrophen täglich lesen müssen. Dieses Leid sehen wir täglich in den Medien und wir wissen: Diejenigen, die am meisten leiden, sind die Kinder. Deshalb kam dieser Vorstoss zustande, mit dem wir fordern, dass jährlich 5 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds, einer Kasse, die uns zur Verfügung steht, eingesetzt werden sollen, um dort, wo Leid besteht, dieses Leid etwas zu lindern.

Nun fragen Sie sich: Wenn es jährlich geschehen soll, weshalb ist es dann dringend? Wir lesen Berichte von diesen Katastrophen und Krisen und Konflikten heute, gestern und vermutlich auch morgen. Dennoch braucht es das Geld möglichst bald. Jeder Monat, den es länger dauert, bis dieses Geld zum ersten Mal gesprochen werden kann, ist einer zu viel. Entsprechend müssen wir vorwärtsmachen und hier eine Grundlage schaffen, damit wir in Zukunft eben schnell, flexibel und agil reagieren können.

Das bringt mich noch zu einem wichtigen Punkt: Es geht uns nicht darum, dass der Kanton Zürich das Rad komplett neu erfinden muss. Er soll sich an den Kriterien für humanitäre Hilfe, die der Bund kennt, orientieren. Auch dort ist eine langjährige Praxis vorhanden, wie das Geld eingesetzt werden kann, vor allem, um Menschen in Not flexibel und schnell zu helfen. Dieses Beispiel soll der Kanton Zürich sich zum Vorbild nehmen und hier umsetzen – einfach für die Kinder, die es brauchen auf dieser Welt. Vielen Dank für die Unterstützung.

Marc Bochslers (SVP, Wettswil a. A.): Bevor wir über die Dringlichkeit sprechen, möchte ich etwas klar festhalten: Das Leid der Kinder in den humanitären Krisen ist erschütternd. Kinder, die im Krieg aufwachsen, ohne Schutz, ohne medizinische Versorgung, oft ohne ihre Eltern, das geht uns allen nahe. Wir können und wollen dieses Leid nicht ausblenden.

Aber heute geht es nicht um die Frage, ob man helfen soll, sondern einzig darum, ob dieser Vorstoss dringlich ist. Und genau hier braucht es Klarheit: Dringlichkeit bedeutet, dass der Kanton Zürich sofort handeln muss. Doch bei humanitärer Hilfe im Ausland hat der Kanton keine gesetzliche Zuständigkeit, diese Aufgabe liegt eindeutig beim Bund. Wenn wir aber gar keinen Auftrag haben, kann es auch

keinen dringenden Handlungsbedarf geben. Die Schweiz engagiert sich über die DEZA (*Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit*) jedes Jahr mit sehr hohen Mitteln gerade zugunsten von Kindern in den grössten Krisengebieten der Welt. Es besteht deshalb keine Lücke, die der Kanton Zürich dringlich schliessen müsste. Der Gemeinnützige Fonds ist bewusst für Projekte im Kanton Zürich geschaffen worden, wiederkehrende Auslandszahlungen sind systemfremd und rechtlich ausgeschlossen. Das Postulat verlangt aber genau das.

Eine dringliche Behandlung eines Anliegens, das rechtlich nicht umsetzbar ist, führt uns nicht weiter. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Besten Dank.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Auch die FDP-Fraktion anerkennt, dass insbesondere in der heutigen Zeit viele schlimme humanitäre Krisen existieren und sich unweigerlich auch weitere entwickeln werden. Und schlussendlich sind es immer auch die Kinder, welche am meisten darunter leiden. Wir anerkennen auch, dass insbesondere die Schweiz im Rahmen von humanitärer Hilfe sich in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit entsprechend beteiligen sollte.

Heute reden wir aber über die Dringlichkeit, und diese sehen wir als nicht gegeben. Vorgeschlagen sind 5 Millionen Franken jährlich aus dem Gemeinnützigen Fonds. Aus unserer Sicht sollte der Regierungsrat etwas mehr Zeit erhalten, um zu analysieren, welche anderen Projekte allenfalls nicht oder später realisiert werden könnten, falls diese 5 Millionen Franken jährlich gesprochen werden, ob dieser Verteilschlüssel, der von der GLP-Fraktion vorgeschlagen wird, wirklich dem entspricht, was auch der Kanton Zürich sich vorstellt, und konkret, welche Organisationen genau profitieren könnten. Deswegen, denken wir, bräuchte der Regierungsrat etwas mehr Zeit.

Nur ganz kurz inhaltlich, es wurde auch bereits gesagt: Schlussendlich ist es die Schweiz, die sich entsprechend an der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beteiligen sollte und eher nicht der Kanton Zürich. Aber zu dieser inhaltlichen Debatte werden wir noch kommen.

Die FDP-Fraktion wird die Dringlichkeit nicht unterstützen. Vielen Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Also von der FDP und der SVP höre ich bis jetzt nichts als faule Ausreden. Die Dringlichkeit ist gegeben, Armut, Kriege und Naturkatastrophen drängen die Menschen in die Verzweiflung und in Nöte, die wir uns nicht vorstellen können. Dazu kommt, dass viele Länder ihre Ausgaben für die humanitäre Hilfe reduziert haben, unter anderem auch die Schweiz. Gemäss der Reformierten Kirche betragen in der Schweiz die Kürzungen alleine für das laufende Jahr 110 Millionen Franken. Wir unterstützen die Forderung der GLP, der Mitte und der EVP und erinnern die drei Fraktionen an dieser Stelle auch an unsere Forderung, die wir im Dringlichen Postulat betreffend «Humanitäre Soforthilfe zur Behandlung von verletzten Kindern aus Gaza» (*KR-Nr. 357/2025*) formuliert haben. Wir rechnen auch da mit Ihrer Zustimmung. Wir stimmen der Dringlichkeit zu.

Alan David Sangines (SP, Zürich): Mehr als 473 Millionen Kinder, etwa eines von sechs Kindern weltweit, wachsen in Regionen auf, die von bewaffneten Konflikten geprägt sind. Zugleich wurden im vergangenen Jahr 41'763 Verbrechen an Kindern in Konflikten dokumentiert, und das zeigt, dass wir keinen Tag warten können, um Unterstützung zu leisten. Aus diesem Grund sind wir selbstverständlich mit der Dringlichkeit einverstanden und möchten auch noch, vielleicht anschliessend an Jasmin Pokerschnigs Votum, einen nett gemeinten Ratschlag an GLP, Mitte und EVP geben: Ihr habt gesagt, ihr hättet dieses Postulat eingereicht, weil es dringlich sei mit all den Krisen, die laufen. Ich glaube, etwas inspiriert wurdet ihr schon durch unseren Vorstoss für 1 Million Franken für die humanitäre Hilfe verletzter Kinder aus Gaza. Vielleicht nächstes Mal für die Ratseffizienz: Wenn ihr auf uns zugekommen wärt, hätten wir alle bei euch unterzeichnen können. Dann hätten wir uns die Dringlichkeitsdebatte heute ersparen können, hätten die Dringlichkeit auch so erreicht, einfach als Tipp für das nächste Mal. Aber die Idee ist gut, wir sind konstruktiv, deshalb stimmen wir der Dringlichkeit auf jeden Fall zu.

Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur): Wir sprechen hier und heute nicht über abstrakte Zahlen, sondern über Kinder, die mitten in humanitären Krisen versuchen zu überleben. Wer Nachrichten schaut oder Zeitungen liest, weiss, dass die weltweite Lage aktuell besonders angespannt ist. Kriege, Armut, Naturkatastrophen und ein überlastetes Hilfssystem verschärfen die Not der Schwächsten massiv. Am vergangenen Freitag wurde bekannt, dass das IKRK (*Internationales Komitee vom Roten Kreuz*) aufgrund einer Budgetkürzung im kommenden Jahr auf 2900 Vollzeitstellen verzichten muss, dazu die IKRK-Präsidentin Mirjana Spoljaric, ich zitiere: «Wir sind derzeit mit einem gefährlichen Zusammentreffen eskalierender, bewaffneter Konflikte, umfassender Kürzungen der Hilfszahlungen sowie einer systemischen Toleranz für schwere Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht konfrontiert.» Die Dringlichkeit ergibt sich aus der einfachen Tatsache, dass die Hilfe jetzt gebraucht wird, nicht in einem Jahr, nicht nach langen Abklärungen, sondern in diesem Moment, wo Hunger, fehlende medizinische Versorgung und Gewalt tägliche Realität sind. Gerade die Bedürfnisse von Kindern können in einer solch angespannten Situation nicht ausreichend berücksichtigt werden. Ein Zitat, das unsere Haltung gut beschreibt, stammt von der ehemaligen UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson: «Das Einzige, was schlimmer ist als Ungerechtigkeit, ist, nichts dagegen zu unternehmen.» Genau darum geht es, nicht nichts zu tun, sondern Verantwortung zu übernehmen. Der Kanton Zürich kann helfen und darum soll er es tun, und er soll es jetzt tun. Die Mitte stimmt der Dringlichkeit zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Wir erinnern uns, wie rasch Hilfe möglich war, als wir vor fünf Jahren (*aufgrund der Corona-Pandemie*) Soforthilfe für unsere Unternehmen beschliessen mussten. Da ging es nicht um Kinder, sondern um Unternehmen. Praktisch über Nacht hat der Regierungsrat Unmögliches möglich gemacht. Als EVP sind wir überzeugt, dass der gleiche Regierungsrat auch heute,

hier und rasch wirksam die nötigen Grundlagen für diese Hilfe schaffen kann – wenn er denn will. Die Lage in vielen Krisengebieten ist jetzt akut. Kriege, Vertreibungen, Hunger und Naturkatastrophen treffen Millionen von Menschen, und Kinder tragen die schwerste Last. Sie sind nicht nur häufiger betroffen, sie sind auch verletzlicher und haben weniger Schutzmöglichkeiten. Und genau deshalb ist dieser Vorstoss dringlich. Und wenn ich Sie richtig verstanden habe, unterstützen Sie das Postulat und stellen sich nur gegen die Dringlichkeit. Deshalb bin ich dann froh, wenn wir bei der Bearbeitung des Postulats auch auf Ihre Stimmen zählen dürfen, liebe SVP und FDP. Verzögerung bedeutet nämlich nicht einfach administrativen Aufschub, sondern konkret weniger Nahrung, weniger Medikamente, weniger Schutz, weniger Überlebenschance.

Der Kanton Zürich ist ein starker, wirtschaftlich robuster Kanton. Wir haben heute die Möglichkeit, rasch und gezielt einen Beitrag zur Hilfe zu leisten. Es geht nicht um neue Strukturen, es geht auch nicht um langfristige Verpflichtungen und Abhängigkeiten, sondern darum, sofort und wirksam eine Reaktion zu zeigen auf eine Notlage, die jeden Tag dramatischer wird. Dringlichkeit heisst Verantwortung übernehmen, nicht zuschauen, dann wenn wir handeln könnten und müssten.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Die AL unterstützt die Dringlichkeit dieses Postulats. Wir danken der GLP, EVP und Mitte dafür, dass sie dieses wichtige Anliegen eingebracht haben und anerkennen, dass rascher Handlungsbedarf besteht. Wenn es um das Leben und die Gesundheit von Kindern geht, darf Politik nicht träge sein. Die humanitäre Hilfe vor Ort ist dringend notwendig. Mit gezielten Massnahmen können viele Kinder unmittelbar unterstützt werden, gerade in Regionen, in denen Hunger, Vertreibung und Gewalt herrschen. Jede Verzögerung bedeutet für diese Kinder eine reale Verschlechterung ihrer Situation.

Genauso dringlich die Evakuierung und die medizinische Behandlung von schwer verletzten und/oder schwer kranken Kindern in der Schweiz. Dort, wo die zivile Infrastruktur, insbesondere Spitäler, beschädigt oder zerstört ist, kann ihnen schlicht nicht angemessen geholfen werden. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, dass wir handeln, wenn wir können. In diesem Sinne hoffen auch wir sehr, dass zum gegebenen Zeitpunkt auch das Postulat 357/2025 zur humanitären Soforthilfe für verletzte Kinder aus Gaza unterstützt wird. Beide Vorstösse gehören zusammen, beide entsprechen der humanitären Tradition unseres Landes, auf die wir gern verweisen und der wir heute gerecht werden müssen. Besten Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die Dringlichkeit des Postulates KR-Nr. 358/2025 stimmen 94 Ratsmitglieder. Die Dringlicherklärung ist somit zustande gekommen. Der Regierungsrat hat zum dringlichen Postulat innert fünf Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist erledigt.

